

## **Aktuelles zur Forschungsförderung aus der Sicht des Bundesministeriums**

*SC. Dr. R. Kneucker, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur,  
vertritt hier persönliche Ansichten*

### 1. Regionale Wissenschaftsförderung ist "alt" und "neu":

es gab sie in der Zusammenarbeit regionaler Universitäten (z.B. Universität Graz und Universität Maribor), es gab regionale Themen in der Forschung (z.B. die Wiederansiedlung der Luchse), es gab regionale, auch grenzüberschreitende regionale Forschungsprojekte (z.B. Umweltfragen rund um den Neusiedler See). Viele gute Pläne für Kooperationen schlugen aber auch fehl.

Neu ist zweierlei: die signifikante Zunahme der Zahl solcher Aktivitäten, vor allem auch durch Förderungen aus dem Strukturfonds der EU (z.B. INTERREG-Projekte), und die Aufnahme des Typs regionaler Forschungsk Kooperation als Ziel und Instrument in das 6. EU Rahmenprogramm für Forschung und Technologie. Die Tendenz war schon vorher erkennbar; die Dynamik des Rahmenprogramms wird aber die regionale Dimension der Forschungsk Kooperation in Europa beschleunigen.

Der "Europäische Forschungsraum", den das 6. Rahmenprogramm schaffen will, kann nur gelingen, wenn alle Ebenen der Kooperation verstärkt werden (a) sowohl die Mobilität, die Forschungsförderung und der Ausbau der Infrastrukturen als auch (b) die bilaterale und multilaterale Forschungsk Kooperation durch Öffnung nationaler Programme und neuen Formen der Vernetzung.

Österreichs Lage ist übrigens ganz besonders "europäisch" zu nennen. Österreich ist Teil der Bodenseeregion, der Alpen-Adria Region und der Donauregion; für die beiden letzteren bestehen zum Teil völkerrechtliche Verträge und institutionelle Einrichtungen, die für neue Aktivitäten genützt werden können. Für die Zusammenarbeit Österreichs mit den östlichen Nachbarländern und EU-Beitrittskandidaten sind auf dem Gebiet der Forschung und Technologie gute tragfähige Verbindungen seit 1992 geschaffen worden.

Die Bund/Bundesländer-Kooperation für Forschung und Technologie – sie befindet sich zur Zeit in grundsätzlicher Neugestaltung – ist dagegen auf die neuen regionalen Möglichkeiten und Herausforderungen erst zu orientieren.

### 2. Aus der Sicht des BMBWK sind Unterstützungen der Forschungsk Kooperationen nötig – und nur der Staat, hier der Bund, kann sie leisten:

- Anbahnungs- und Zusatzfinanzierungen für die Teilnahme am 6. Rahmenprogramm, das zahlreiche neue Schwierigkeiten für "kleinere" Länder mit sich bringt;
- für regionale Förderungen der EU, die nur zustande kommen, wenn die jeweilige Gebietskörperschaft die Hälfte, oder einen bestimmten Betrag beisteuert;
- für multilaterale Forschungsk Kooperationen oder Infrastrukturmaßnahmen, die eine staatliche "Garantie" oder einfach Finanzierungssicherheit) erfordern (z.B. die Errichtung der Neutronenspallationsquelle AUSTRON oder geplante Forschungsk Kooperationen mit Bayern bzw. mit Slowenien-Slowakei-Ungarn-Italien).

3. Zur Zeit befindet sich die staatliche Forschungsförderung in einer Umbruchphase; die Rolle des Staates – des Bundes – wurde in dieser Legislaturperiode neu definiert. Einige Hinweise:
- Die Budgets der Bundesministerien werden gekürzt, das bedeutet vor allem Auftragsforschungen werden reduziert oder aufgegeben. Es wird nicht "gespart" – Mittel für Forschung und Technologie gibt es mehr als je zuvor in der Zweiten Republik –, es wird umgeschichtet in Sondermittel, die für spezifische Maßnahmen auf Empfehlungen des Rates für Forschung und Technologieentwicklung vom Bundesministerium für Finanzen (zum Teil über Budgetpositionen der Bundesministerien) finanziert werden.
  - Zum Teil kommen Anregungen für Verwendungen der Sondermittel aus den Bundesministerien, zum Teil direkt aus dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung, der sich nicht nur eine Strategie der Vergabe der Sondermittel in der laufenden Legislaturperiode von rund 510 Mio \_ zurechtgelegt hat, sondern - was nicht identisch ist – mit der Ausarbeitung einer nationalen Forschungs- und Technologiestrategie beauftragt ist, die aussteht.
  - Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung hat z.B. das neue Programm der Bund/Bundesländer-Kooperation empfohlen, er hat zum Teil Programme des BMBWK in Vorbereitung auf und in Verstärkung der Teilnahme österreichischer Forschergruppen am 6. Rahmenprogramm empfohlen (z.B. das Genomforschungsprogramm GEN-AU, oder das Programm "Demokratieentwicklung"). Allerdings sind seine Empfehlungen, vor allem betreffend Maßnahmen der Nachwuchsförderung, des Ausbaus der Forschungsinstitute der Österreichischen Akademie der Wissenschaften oder die beträchtliche Aufstockung der FWF-Mittel heute gefährdet, weil die Fortführung der durch Sondermittel ermöglichten Maßnahmen in den ordentlichen Budgets nicht gesichert wurden, sie müssen unter Umständen beendet werden.
  - Zurück zur neuen Rolle des Bundes:  
Die Bundesministerien erarbeiten neue Strategien ihrer Tätigkeit, strikt innerhalb ihrer Kernkompetenzen; sie sind im Budgetprozess gezwungen zu fragen und nachzuweisen, ob und wann das jeweilige Bundesministerium für eine Förderung in Frage kommt, und warum nicht andere Stellen? was im Interesse des Bundes erzielt werden soll und warum gerade auf Bundesebene? u.a.m. Alle Subventionen für Forschungseinrichtungen werden auf der Basis einer mittelfristigen Strategie, eingebettet in europäische Entwicklungen und Möglichkeiten, vergeben und laufend evaluiert. PPP werden angestrebt; outsourcing, Privatisierungen u.a. werden systematisch geprüft und durchgesetzt (z.B. alle operativen Maßnahmen der Bundesministerien oder z.B. die Zusammenlegung der Wetterdienste in einer neuen GesmbH.).
4. Die Darstellung ist nicht vollständig. Sie genügt aber, die Umstellungen, Verwaltungsreformen und Neuorientierungen deutlich zu machen.  
Das Instrument der internationalen Arbeitsteilung zwischen Institutionen der Forschung und Lehre, d.h. die neue europäische und regionale, grenzüberschreitende Wissenschaftskooperation hat noch nicht ihren vollen Stellenwert in der Entwicklung der Forschungs- und Technologiepolitik erhalten; der Bund und die Länder, (diese sollten mehr Mittel zur Förderung einsetzen) zielen ihre Mittelvergabe noch nicht zentral auf die Förderung der Internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wissenschaften und der Wissenschaftsstandorte.

Jedes Workshop, das bewusstseinsfördernd wirkt, wie jenes der ÖFG, ist zu begrüßen.